



Herr Duldhardt spricht die Sprachprobleme ausländischer Kinder mit einhergehenden Schwierigkeiten im Kindergarten und in der Schule an und verweist auf verschiedene Programme, die zur Verbesserung der unbefriedigenden Situation durch das Land NW gefördert werden. Seine Fraktion hat die Absicht, hierzu demnächst in dem zuständigen Fachausschuss einen Antrag einzubringen. Er bittet in diesem Zusammenhang die Mitglieder des Ausländerbeirates evtl. Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Sprachproblematik aufzuzeigen, damit diese in die Ausschussberatungen einfließen können.

Erster Beigeordneter Ludwigs, der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Herr Alatas, sowie Herr Keuenhof gehen auf verschiedene Initiativen in der Vergangenheit ein, die der Verbesserung der Sprachsituation dienen sollten. Leider wird das Angebot aus dem Kreis der türkischen Mitbürger nur begrenzt oder gar nicht angenommen.

Herr Duldhardt äußert sein Bedauern über die fehlende Bereitschaft der ausländischen Mitbürger, ihre Sprachprobleme zu beseitigen. Aufgrund der heute erhaltenen Informationen, werde seine Fraktion den angekündigten Antrag überprüfen.

Herr Saka spricht die Gesetzesänderungen im Einbürgerungsbereich an und erklärt, dass es äußerst schwierig ist, hier aktuelle Informationen zu erhalten. Dies führe bei seinen Landsleuten immer wieder zu Ärgernissen, die vermieden werden sollten.

Herr Nohl erläutert hierzu, dass Anträge auf Einbürgerung beim Bürgeramt der Gemeinde zu stellen sind. Richtig sei, dass die Vorschriften für eine Einbürgerung ständigen Änderungen unterworfen ist. Richtig sei auch, dass das Bürgeramt zu verschiedenen Tagen und Zeiten stark von der Bevölkerung frequentiert werde und es daher zu längeren Wartezeiten komme, die Ratsuchenden Bürger würden jedoch in ausreichender Form über eine Einbürgerung informiert. Herr Duldhardt schlägt vor, Informationsmaterial zur Einbürgerung über den Dachverband der Ausländerbeiräte anzufordern, damit sich die ausländischen Mitglieder des Ausländerbeirates über die Thematik informieren können.

Die Verwaltung sagt zu, diesbezüglich an den Dachverband heranzutreten.